

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2.40 Mark. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Gerberstraße 1, IV., Diktoriahotel
Telephonnr. 7808.

Schluss des Blattes: Montags, mittig 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreigespaltene Kleinzeile 2.— M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 47.

Sonnabend, den 20. November 1920.

24. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche veröffentlicht, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilungen vorliegen.

Gespetzt:

Firma Martin Peter in Bernshoff (Baden). Grabsteingehäuse
Fr. Martin in Pforzheim. Platz G. Mübner in Bretz, Bez.
Bretz. Fr. Müller (Wärmegeräte) in Karlsruhe. Platz
Brunke in Merseburg.

Streik bzw. Aussperrung:

Abn. I. Die Arbeit ruht in allen Grabsteingehäusen, in Abn. II
u. Hof haben die Schotter- und Pflastersteinarbeiter die Arbeit einge-
stellt.

Jugug ist ferngehalten:

Nur noch den bereits genannten Orten unter Sperre und Streik
nach Halle (Steinmetzen); nach Stuttgart; nach Landsberg b. Halle
(Pflaster- und Schotterarbeiter). Dort soll entgegen dem bisherigen
Lohnsystem nunmehr Akkordarbeit eingeführt werden und zwar nach
Lohnfähigkeiten, die eine bedeutende Verschlechterung in der bisherigen Ein-
nahme der Kollegen bringen; nach dem Bezirk Offitzheim, bis die
eingeleitete Bewegung zur Lohnaufbesserung eine Verständigung
bringt.

Der Bayerische Steinindustrieverband hat jede Erhöhung der
Leistungszulage abgelehnt. (Siehe Notiz in Nr. 44.) Nunmehr soll ein
freies Schiedsgericht, wie vorgelesen war, entscheiden. Daß nun
diese Arbeitgeber trotz Vereinbarung des Schiedsgerichts ablehnen, ist
charakteristisch; wird ihnen aber nichts helfen.

Erlebte Bewegungen:

Oberbergisches Grauwackengebiet. Nach monatelangem Verhandeln
kam endlich am 10. November in einer Sitzung in Köln, die vom
Regierungspräsidenten veranstaltet war, eine Einigung erzielt werden.
Die Normal- und Richtlöhne werden ab 1. August um 10 Prozent
erhöht, die Rinderzulage von 10 auf 20 Pf. und für die Frau 20 Pf.
pro Arbeitsstunde gewährt. Die Familienzulage wird ebenfalls vom
1. August an nachbezahlt. Letzteres hat bis 1. Dezember zu erfolgen.
In Frage kommen 3500 Kollegen.

Sächsischer Landestarif (Sandstein und Marmor). Das unpartei-
sche Schiedsgericht unter Vorsitz des höchsten Arbeitsinspektors
hat folgenden Schiedsspruch gefällt:

Ab 18. September 1920 bekommen Steinmetzen, Marmorhauer
und Scheifer eine Zulage von 0.40 M. auf ihre bisherigen Stunden-
löhne. Für Akkordarbeiten wird die Leistungszulage vom selben
Zeitpunkt an auf 530 Prozent erhöht.
Der Schiedsspruch ist für beide Teile rechtsverbindlich.

Erkennen, was ist!

Die Arbeiterschaft hat in ihren Gewerkschaftskämpfen schon
manches schwere Lehrgeld bezahlt. Folgender Vorgang gehört auch
heute in den aufklärten Zeitalter der Gewerkschaftsbewegung nicht zu
den Seltenheiten: Man hört, daß in irgendeinem Orte irgendeine
Arbeiterkategorie den Streik proklamiert hat. Man stutzt und fragt
bei anderen Arbeitern herum, sie halten diesen Streik für keine be-
sondere Klugheit und prophezeien einen schiefen Ausgang; man
fragt die Streikenden selbst und diese erklären, daß der Streik
durchaus günstig sei und bald mit einem vollen Siege der
Arbeiterschaft enden werde. Man macht Einwände, sie werden
widerlegt. Und nach Wochen oder Monaten hört man dann, daß
der Kampf mit einem mageren Vergleich oder einer glatten Nieder-
lage beendet ist.

Solche Dinge erlebt man bis in die neueste Zeit. Das dauert
einem jedesmal und man glaubt, daß es nun doch wohl bei Lehr-
gelbes genug sein könnte. Aber dieser Optimismus wird bald wie-
der durch ein Vorkommnis gleichen Kalibers zerstört. Und man
müht sich, daß ungezählte Summen auf diese Weise ohne sicht-
lichen Erfolg zum Teufel gehen, Gelder, die der Arbeiterschaft zu
sammeln große Mühe und Opfer gekostet haben. Und man kommt
zu dem Schluss, daß alles aufgegeben werden müsse, damit Stöße
in die leere Luft für alle Zeiten zu vermeiden.

Gewiß, der Fall ist sehr oft denkbar, daß eine Arbeiterschaft
bei einem Geschäftsbrüchigen systematisch getreten, daß sie auf jede
Art zu zwingen versucht wird, daß alles Verhandeln nichts nützt
und sie auf den Weg des Verzweiflungskampfes gedrängt wird. In
einem solchen Falle handelt es sich dann weniger um den durch-
schlagenden Erfolg, sondern darum, dem Feind auf jede Weise
zu schaden, die Waffe des Streiks ist dann die ultima ratio der
Bedrückten. Dieser Fall wäre bei unserer Betrachtung auszu-
schließen, wie ja auch sonst jeder Angriff des Unternehmertums auf
erworbene Vorteile der Arbeiter jeden möglichen Widerstand der
Gewerkschaft rechtfertigt.

Was nun hier besprochenes soll, das ist der Umstand, daß die
Arbeiterschaft in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges immer
noch zu wenig ihre dadurch geschwächte gewerkschaftliche Position
erkennend und vielfach ohne zu wagen wagt, daß sie sich vom Gefühl
leiten läßt, die eigene Macht höher einschätzt, als sie in Wirklichkeit
ist, die treibenden wirtschaftlichen Kräfte wenig oder nur ober-
flächlich beachtet und einschätzt und dann Enttäuschungen ausgeht,
die weder auf den Bestand der Organisation noch auf ihre
eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse günstig wirken. Das ist ein
Rechtsschaden, der gar nicht oft genug beachtet werden kann, denn
von seiner Beseitigung hängt ab das Gedeihen der Gewerkschaften
und damit das Tempo des wirtschaftlichen Aufstiegs der Arbeiter-
klasse.

Die Arbeiterschaft muß die nüchternen Wahrheit erkennen
lernen, daß mit dem Nachlassen der Geschäftskonjunktur die Stof-
kraft der Gewerkschaft beengt wird und daß die letztere in solchen
Zeiten alle Kräfte konzentrieren muß auf Erhaltung der in besseren
Zeiten besetzten Positionen. Das ist aber leider vielfach nicht der
Fall. Die Arbeiter fühlen, daß ihre Lage der Verbesserung bedarf
und glauben, daß sie jederzeit den siegreichen Vorstoß wiederholen
können. Sie beachten dabei weder die allgemeine Geschäftslage noch
die nächsten Zukunftsaussichten des Gewerbes. Und so kommt es
denn, daß sie Kämpfe wagen, denen schon von vornherein der
Stempel des Mißlingens aufgedrückt ist.

Es ist deshalb Aufgabe der Arbeiter, vor allem ihr eigenes
Wirtschaftsgebiet genau zu beobachten. Sie müssen erkennen, was
ist. Sie dürfen sich nicht den Verlockungen einer Bewegung hingeben,
wie sie ihn sich wünschen, sondern sie müssen alle wirtschaftlichen
Momente in Betracht ziehen und danach ihr Handeln einrichten.

Sie dürfen nie die eigenen Positionen ohne genaue Erwägung als
günstig und die Nachmittel und Positionen des Gegners gering
einschätzen. Das führt in der Regel zu Tragikschlüssen und zu
herben Enttäuschungen.

Und noch ein anderes: Man ist manchmal daß erstaunt über
das gesunde Urteil eines Arbeiters einer Bewegung gegenüber,
wenn er selbst daran nicht beteiligt ist. Vielfach hört man es be-
dauern, falls der Streik dennoch ausbricht und folgerichtig hört
man das Urteil, daß der Kampf keinen guten Ausgang nehmen
werde. Bei dem am Kampf direkt beteiligten Arbeitern ist jedoch
die Ansicht die entgegengesetzte. Diese Verschiedenheit der Meinun-
gen resultiert aus dem Umstand, daß der eine an der Bewegung
unbeteiligt, während der andere daran direkt beteiligt ist. Und hier
machen wir die Feststellung, daß der direkt Unbeteiligte ein bei
weitem nüchterneres und — richtigeres Urteil hat als der direkt am
Kampfe Beteiligte. Der erstere läßt den Verstand walten,
der letztere überläßt seinen Gefühlen die Vorhand. Umgekehrt wäre
es natürlich richtiger.

Der Arbeiter muß lernen, in seinen eigenen Angelegenheiten
ebenso kühl zu rechnen wie der daran Unbeteiligte. Er muß vor
allem in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges die Möglichkeiten
des Gelingens einer Bewegung noch sorgfältiger abschätzen als in
Zeiten der Hochkonjunktur. Er muß die Zukunftsaussichten des Ge-
werbes prüfen, muß seine Positionen in jeder Weise abwägen, um
späteren bitteren Enttäuschungen vorzubeugen. Denn was ist er-
reicht, wenn ein Kampf unglücklich ausläuft? Große Summen
Arbeitergroschen, mühsam zusammengepart, sind nutzlos verpulvert
und — was vielfach schon die Erfahrung gelehrt hat — die
Organisation selbst hat einen Stoß erhalten, von dem sie sich oft-
mals nur sehr langsam erholt. Der Anfang eines solchen Kampfes
ist leicht, der Abschluß bedrückend und von schweren Folgen be-
gleitet. Vielfach wird dadurch die spätere gute Gelegenheit ver-
passt. Und das alles, weil die eigene Position überschätzt und die des
Gegners unterschätzt wurde.

Erkennen, was ist! — Das ist der Schlüssel, den jeder aus solchen
bedauerlichen Vorkommnissen ziehen muß. Erkennen, daß die Ge-
werkschaft nicht mit Allmacht ausgestattet und nur ein solches —
wenn auch unentbehrliches — Werkzeug ist, die Lage der Arbeiter-
schaft zu verbessern, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse den
Arbeitern günstig sind. Seine Zurückhaltung jedoch, wenn das
Gegenteil der Fall ist, und sorgfältiges Schützen der Organisations-
kraft für spätere bessere Zeiten. Und nicht haben mit dem Ge-
schick, wenn die Verhältnisse ungünstig liegen und schließlich die
„Schuld“ der Gewerkschaft über deren Beamten aufbürden, sondern
ruhige Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, nie in ge-
werkschaftlichen Dingen das Gefühl, sondern stets den Verstand ab-
zuwachen lassen.

Erkennen, was ist! Wer das befolgt, schützt sich vor Ent-
täuschungen. Und dies ist ihm zum Vorteil und seiner Gewerks-
schaft, die Niederlagen meidet dort, wo sie voraussehen sind und
den Kampf dort wagt, wo ihr der Erfolg winkt. Der Arbeiter ge-
winnt dadurch ein größeres Selbstvertrauen und seine Gewerks-
schaft gewinnt dabei das Vertrauen der Mitglieder, beiden ist ge-
holten und keiner wird dann jemals enttäuscht sein!

Beiratkonferenz.

Am 8. November trat im Volkshaus zu Leipzig der Verbandsbeirat
zu seiner ersten Sitzung nach dem Verbandskongress zusammen. Ver-
treten waren sämtliche Beiratsmitglieder bzw. Ersatzleute, bis auf den
Kollegen Walte, Summersbach. Alle Beiratsmitglieder bis auf den er-
krankten Kollegen Herrmann, der gesamte Verbandsvorstand und
der Verbandsauswärtige. Zur Tagesordnung stand:

1. Wahl des ersten Vorsitzenden.
2. Die Lage der Steinindustrie und unsere Reichstärke.
3. Gründung eines Deutschen Bauwerkverbundes.
4. Verbandsangelegenheiten.

(Anstellung von Bezirksleitern, Gehaltsfragen, Arbeitsvermittlung
ausländischer Steinarbeiter, Arbeitslosenstatistik, Sozialis-
ierungsfragen in der Steinindustrie.)

Kollege Walther eröffnete die Konferenz und gebachte des ver-
storbenen Kollegen A. Staudinger. Die Anwesenden erhoben sich von
den Plätzen. Die vorgelegene Tagesordnung findet die Zustimmung
der Konferenz. Sodann gab Walther einen Überblick über den Stand
der Organisation; Kollege Geist einen solchen über das finanzielle
Verhältnis. Eine Aussprache über beides findet nicht statt. Schlegel
als Obmann des unbefristeten Vorstandes gibt die Einleitung zum
1. Punkt und berührt über die Auffassung und Stellung der Verbands-
instanzen. Kollege Walther solle an die Stelle Staudingers treten und
aus den Reihen der Gauleiter (Winkler, Schmidt, Kohle) der 2. Vor-
sitzende. Eine Aussprache sei in diesem Fall nicht angebracht, da für
die Besetzung eine ganz neue, unerprobte Kraft nicht in Frage kommen
kann. Der neue Wind, der mit Uebernahme des Vorsitzes durch den
verstorbenen Kollegen Staudinger im Verband zur Geltung kam, dürfe
nicht verschwinden. Des Weiteren sei es angebracht, die Bewerbungs-
schreiben legen noch vor, es sei nur wegen der Wohnungsnot bisher
zurückgestellt und die Arbeit durch Ausschüsse bewältigt worden. — In
dem nun folgenden Aussprache, an der sich Schmidt, Winkler, Kohle,
Siebold, Eisner, Stadler, Müller-Hahburg, Steitmeier, Schreier,
Schlaud, Haug, Lehner, Neu, Ritzke, Richter, Serff, Sarfert, Müde-
widemann beteiligen, wird einem Wunsch der Beiratsmitglieder zu-
gestimmt, die in einem engeren Kreise unter Ausschaltung aller Funk-
tionäre und Angestellten die Frage noch einmal geordnet behandeln
wollen. Die vorgelegenen Gauleiter mit Einschluß des Redakteurs
hatten sämtlich abgelehnt. Gewünscht war weiter von einigen Rednern,
daß Kollege Walther als zweiter Vorsitzender ferner amtiert und die
neu zu wählende Kraft den ersten Vorsitz übernehme. In diesem Sinne
wurde dann nach der Mittagspause, in der die engere
Beratung stattgefunden hat, die Besetzung verlangt. Sämtliche Vor-
geschlagenen wurden trotz ihrer Ablehnung zur Wahl gestellt, aus der
dann Kollege Winkler als gewählt hervorging. Sträuben gab es
nun nicht mehr, und die Uebertragung der Funktion dem Kollegen
Winkler angenommen! Die dadurch freiwerdende Stelle des
Gauleiters für den 4. Gau soll baldmöglichst ausgehrieben werden.

Als Sekretäre wurden auf Grund früherer Bewerbungschriften
die Kollegen Harz, Weimar und Jahrmart. Berlin zur engeren
Wahl gestellt. 9 Stimmen erhielt der erstere und 11 Stimmen letz-
ter. Kollege Jahrmart ist damit ins Hauptbüro gewählt.
Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gibt Walther die Ein-
leitung, die sich über wirtschaftliche Notlage in der Steinindustrie und
die Bedeutung der gestützten Tarifkämpfe verbreitet. Die heraus-
gegebenen Fragebogen über Kurzarbeit seien recht mangelhaft ausge-
füllt, die Zurücksendung ebenso. Die Stellungnahme der Arbeitgeber
zu dem von ihnen abgelehnten Reichstarif für die Industrie der Steine
und Erden wurde eingehend gewürdigt, ebenso der neue, für die Stein-
industrie kürzlich zum Abschluß gelangte Reichstarif für die Naturstein-
industrie. Der Kollege Wunderlich vom Vorstand ergänzte die
Aussagen über Tarif- und Lohnfragen und gab Fingerzeige, wie
für die Zukunft auf diesem Gebiet zu arbeiten sei. Die Statistik über
Kurzarbeit habe ergeben, daß in 281 Betrieben 5114 Kollegen ver-
arbeiten bis zu 24 Stunden pro Woche. Die vorliegenden Richtlinien
für die Lehrlingsausbildung bitte er anzunehmen. Es ist jetzt
Berichte über die Bestimmungen des aris Steine und Erden, von
dem sich unsere Arbeitgeber so wenig ruhmvoll gedrückt haben, und
dem neu zum Abschluß gelangten. Der Tarifzustand, in dem wir
stehen, sei auf die Dauer nicht haltbar. Er hält es für dringend not-
wendig, daß unsere Organisation in Berlin einen tüchtigen Kollegen
bestimme, der für die oft notwendigen Beratungen, wodurch viel Zeit
und Kosten verloren gehen, zur Verfügung stehe. Lohse bemängelt
die Angaben über Kurzarbeit, nach seinen Beobachtungen und Fest-
stellungen im 8. Gau wäre die angegebene Zahl für den Gesamtver-
band zu gering. Die Betriebe dürften noch eine besondere Schu-
lung erhalten und ferner noch besser mit den Jagstellen Hand in Hand
arbeiten. Er macht dann einige Vorschläge zur Abänderung der Rich-
linien für die Lehrlingsausbildung. Mühe kritisiert das Verhalten der
Arbeitgeber zum Tarif „Steine und Erden“, wir sollten ihnen ihre
Haltung nicht so leicht machen und sie auf Grund bestehender Ver-
ordnungen auf diesen Vertrag verpflichten. Er wünscht auch mögliche
für alle Gruppen einen einheitlichen Mantelvertrag, jedoch dabei ein
selbstverständliches Beibehalten von vorteilhaften Bestimmungen, wie
zum Beispiel der Schottertarif enthalte. Ritzke hat die Verhand-
lungen des neuen Reichstarfs mitgemacht, ist aber von dem Abschluß
durchaus nicht befriedigt. In seinem Gau sind in Bezug auf Ferien
teilweise bessere Bedingungen wie im neuen Vertrag, obgleich er für
eine Reihe anderer Jagstellen günstiger enthalte. Siebold erklärt,
daß der Tarif für Steine und Erden durch den neuen Abschluß für
uns kaum noch in Frage komme. Die Argumente der Natursteinindu-
strie gegen den Tarif machen sich sehr auch andere Unternehmergruppen
zu eigen und suchen die Verbindlichkeitsklärung des Tarifs damit zu
hinterziehen. Der neue Vertrag beziehe auch ihn nicht. In der
Betriebsrätefrage habe der Vorstand ganz bestimmte Aufgaben, die
auch in alternativer Zeit in Angriff genommen werden. Er wünsche,
daß die Ausfüllung von Fragebogen pünktlicher und exakter erfolge
und besondere Vorkommnisse auch dem Vorstand sofort übermittelt wer-
den. Verlangen jedoch auf diesem Gebiet die Jagstellen, fehlen dem
Vorstand alle Unterlagen. Es muß die Jagstellen, fehlen dem
Vorstand im Vergleich zu anderen Industrien hin und die daraus resul-
tierende Unzufriedenheit der Mitglieder, er behandelt im weiteren den
Zusammenhang in Ursache und Wirkung. Es müsse bei der künftigen
Tarifgestaltung an der Zweiteilung festgehalten werden: feststehender
Tarif-Grundlohn und beweglicher Leistungszulage.

Stadler weist auf die Erfahrungen hin, die in seinem Bezirk
mit den Betriebsräten gemacht wurden. Es seien nur gute. In der
Ferienfrage müsse allgemein Wandel geschaffen werden, ebenso in der
Leistungszulage. Der Ortsangestellte in dem Kommando vom Schich-
tungsansatz nicht weg. In der weiteren Aussprache, an der sich
noch Geist, Hadauf, Ritzke, Kohle, Mühe, Schulz, Siebold, Winkler,
Kuhn beteiligen, wird die Tätigkeit vor den Schlichtungsausschüssen, das
zu schaffende Tarifamt und die Schlichtungsordnung für den Schotter-
tarif, die Veränderung des Grundlohn von den Friedhöfen behandelt.
Kollege Walther geht auf alle Einwände und Anregungen in sei-
nem Schlusswort ein, der Vorstand werde aus dem Gehörten, seine
weitere Tätigkeit einstellen. Dieser Tagesordnungspunkt wurde mit An-
nahme folgender Resolution des Kollegen Schmidt abgeschlossen:
Die am 8. und 9. November in Leipzig tagende Beiratkonferenz
beauftragt erneut die Verbandsfunktionäre, bei allen Lohnbewegungen
für die Abschaffung der Akkordarbeit zu wirken. Als Uebergang zu
diesem Ziel ist beim Abschluß von Akkordtarifen darauf zu achten, daß
allen Akkordarbeitern der Stundenlohn tariflich garantiert wird.
Die große Unsicherheit über die fernere Preisgestaltung aller
Lebens- und Bedarfsartikel macht es notwendig, daß beim Abschluß
neuer Tarife an der bisherigen Zweiteilung unserer Tarife festgehalten
wird. Unter dieser Zweiteilung ist der unbewegliche Teil in Form
der Grundpreise und der bewegliche Teil in Form der Leistungszulage
zu verstehen.
Durch die guten Erfahrungen, die wir mit dem Abschluß von
Reichs- und Landestarifen bis jetzt auch in der Steinindustrie ge-
macht haben, erwächst für alle Funktionäre die Pflicht, auch in Zu-
kunft an dem System der Einheitsstarife für die einzelnen Berufs-
gruppen festzuhalten.
Der Beiratsfrage ist beim Abschluß von Tarifverträgen des
nächste Augenmerk zu schenken. Durch besonderen Anhang sind die vor-
liegenden Richtlinien zur Ausbildung der Lehrlinge dem Tarif an-
zuschließen.
Es wird dann beschlossen, erst den Punkt 4 an Stelle 3 zu be-
handeln.
Die weitere Anstellung von Orts- bzw. Bezirksfunktionären be-
handelt Walther (Obbau, Wurz-Beuda, Dornap ufm.). Die An-
träge auf diesem Gebiet seien und die Kollegen in den einzelnen
Bezirken seien alles Teil in einer Anstellung. Kuhn verweist auf
die neuerliche schwere Erkrankung des Gauleiters Herrmann und hält
dies für eine Ausschreibung für notwendig. Die Anstellung eines
Kollegen im Kalkiemengebiet Dornap-Wältrath begründet er eingehend.
Ebenso wird eine Anstellung im Burzenor Bezirk von Müller-
Hahburg, Mühe, Hoffer, Säulel begründet. Für das Steinbruchs-
gebiet um Kassel begründet Müller, Widemann und Winkler die
Notwendigkeit: letzterer ist evtl. für Verlegung des Gauhauses von Han-
nover nach Göttingen, um für das Kalkeler Gebiet intensiver wirken
zu können.
Die Aussprache, an der sich die Kollegen Lehner, Haug, Schmidt,
Neu, Stadler beteiligen, ergab, daß die augenblickliche Situation nicht
für weitere Anstellungen spricht, eine Zustimmung brachte die Ableh-
nung sämtlicher Anträge. Zu gegebener Zeit soll von Fall zu Fall
vom Vorstand in den einzelnen Anordnungen entschieden werden.
Eine eingehende Aussprache erfolgte in der Beiratsfrage der Angestell-
ten. Beschlossen wurde, daß den Kollegen, die in diesem Jahre nach
dem Verbandstage zur Anstellung gekommen sind und noch
kommen, das Anhangsrecht ab 1. November um 200 Mark jährlich
erhöht wird. Alle anderen Antragssteller lehnt die Konferenz ab. Im
weiteren wird beschlossen, die Gauleiter in Bayern den übrigen gleich-
zustellen und außerdem den Speyerer um 5 Mark zu erhöhen, es aber
bei der Differenzierung für Stadt und Land zu belassen. Die Beirats-
frage über die Unternehmervorteilung werden, weil ab 1. Juli
bedeutend erhöht, zur Hälfte auf die Hauptstelle übernommen. Der
nächste Verbandstag soll dann die Angelegenheit endgültig regeln.

Einiges von den Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Nach § 15 der Reichsverordnung vom 21. Januar 1920 über Erwerbslosenfürsorge (Reichs-Gesetzbl. S. 89) können Maßnahmen von volkswirtschaftlichem Wert, die geeignet sind, die beschriebene Arbeitslosigkeit herabzumindern, mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert werden.

Das Reichsarbeitsblatt (Nichtamt. Zeit.) Nr. 1 1920 teilt mit, daß in der Zeit vom 1. April 1920 bis zum 30. Sept. 1920 dem Reichsamt für Arbeitvermittlung insgesamt 1447 derartige Förderungsanträge vorgelegt wurden und sich hinsichtlich der als der Förderung würdigen Maßnahmen veranschaulicht.

Man erhält durch die Veröffentlichung eines guten Lebensbildes und Einbild in einen Teil des Lebens der produktiven Erwerbslosenfürsorge, deren Umfang so weit Kreise beschließen. Durch 100 angeführte Maßnahmen, die in Baden, Bayern, Hessen, Lüneburg, Preußen und Sachsen durchgeführt wurden, waren 4480 Erwerbslose beschäftigt, und zwar in 474 603 Arbeitstagen.

Die in Angriff genommenen Arbeiten dienen in einem wesentlichen Teile dazu, Land für Gemeinnützigkeit oder Kleingärten vorzubereiten, oder Wege auszubessern, Wege zu verlegen, Regelpflanzen von Wasserläufen, Straßengrenzen und Straßenpflasterungen auszuführen. Die Stadtgemeinde München beschäftigt oder allein 8. D. und 1000 Arbeitslose je 165 Tage mit Brennholzschlägeln, die Stadt Harburg 20 Mann je 150 Tage mit der Herstellung von Hausbrandtorf usw. Dresden fällt auf durch seine Umschulungskurse, so für Näherinnen, Hauswirtschaftslehre und einen Anruf zum Erlernen der Paarnähtschere. Die Stadtgemeinde Plauen beschäftigt 85 Arbeitslose je 150 Tage mit Aushaben, Auffapeln, Zerleinern und Verlauf von Brennholz und so fort.

Wie sehr die Gemeinden und Stadtverwaltungen an der rechten Anwendung der produktiven Erwerbslosenfürsorge und deren Durchführung Anteil haben, zeigt eine Wiedergabe in der Art, wie sie das Reichs-Arbeitsblatt gibt. Werte von großem Interesse für die Volksernährung und die Volksgesundheit können durch die richtige Anwendung oder Umstellung von unproduktiver Arbeitsleistung in produktive Erwerbslosenfürsorge geschaffen werden.

9. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 2. und 3. November traten die Vertreter der Gewerkschaftsvorstände in Berlin zur 9. Tagung des Bundesauschusses zusammen. Ueber die Tätigkeit des Bundesvorstands während des letzten Vierteljahres lag ein schriftlicher Bericht vor, zu dem der Vorsitzende, Genosse Legien, noch einige weitere Ausführungen machte. In dem Bericht schloß sich eine längere Aussprache, die sich auf das Verhalten zu den verschiedenen Versuchen bezog, die Einheit der deutschen Gewerkschaften zu sprengen und wobei besonders hervorgehoben wurde, daß die Gewerkschaften solchen Bestrebungen nicht unzulässig zusehen dürften, wenn aus dem Grund vorläge, zu befürchten, daß solche Bestrebungen Erfolg haben können. Ferner wurde gewünscht, daß das beim Bundesvorstand vorhandene Material über das Internationale Arbeitsamt den Vorständen zugänglich werde, damit sie dazu Stellung nehmen können. Außerdem drehte sich die Aussprache darum, inwiefern es möglich ist, bei der Teuerung entgegenzuwirken. Von verschiedenen Rednern wurde hervorgehoben, daß die Teuerung in Deutschland zum großen Teil von Umständen abhängt, die kein Mensch und keine Partei in Deutschland zu ändern in der Lage ist. Auf besonderen Wunsch war noch die ernannte Stellungnahme zur Technischen Nothilfe zur Erörterung gestellt worden. Der Bundesauschuß sah sich nicht veranlaßt, von seiner früheren ablehnenden Stellung abzuweichen.

Eine lange und eingehende Aussprache entspann sich über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsrichter. Es wurde dabei betont, daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften nicht eingesenkt werden dürfe. Das zu dieser Frage vorliegende Material soll den Vorständen zugänglich werden, damit sie in der für Dezember geplanten nächsten Ausschußsitzung dazu Stellung nehmen können.

Dem Laubstummeln-Partei und wurde für die Herausgabe eines Blattes eine Unterstützung von 6000 M. bewilligt, unter der Voraussetzung, daß auch die Gewerkschaften, die daran beizutragen taubstunme Mitglieder haben, ebenfalls Gelder zu demselben Zweck hergeben. Bedingung ist dabei, daß das Blatt in gewerkschaftlichem Sinne geleitet wird.

Die in einer früheren Sitzung eingesetzte Kommission zur Regelung der Mitgliederrechte bei Uebertritt zwischen Bundesorganisationen hatte einen längeren Bericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie schwierig es ist, bei der großen Verschiedenartigkeit unserer Gewerkschaften eine allgemeine Regelung zu finden. Bei der Aussprache darüber wurde auch die Frage einheitlicher Mitgliedsbücher erörtert. Um den Vorständen eine Stellungnahme zu der Angelegenheit zu ermöglichen, wurde diese auf die nächste Sitzung vertagt.

Eine weitere eingehende Aussprache erfolgte bei der Frage der Regelung der Mitgliederrechte bei Uebertritt zur Sicherheitspolizei für den Fall, daß diese Gewerkschaftsmitglieder nach Ablauf des Probejahres zu ihrem früheren Beruf zurückkehren und wieder in ihre alten Rechte einzutreten wünschen. Es wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß unter der gegenwärtigen Not und Arbeitslosigkeit sehr wohl auch gute Gewerkschaftler dazu kommen können, in die Sicherheitspolizei einzutreten, und daß die betreffenden Gewerkschaftsmitglieder damit noch keineswegs gleich mit einem Wafel behaftet werden. Ferner sei der Eintritt in die Sicherheitspolizei nicht in Vergleich zu stellen zu dem früheren Militärdienst. Beschlossen wurde, bei Uebertritt in die Sicherheitspolizei bis auf die Dauer von 12 Monaten die Mitgliederrechte ruhen zu lassen. Wünschen dann diese Gewerkschaftsmitglieder wieder in ihren früheren Beruf und zu ihrer früheren Gewerkschaft zurückzutreten, so soll dem nichts entgegenstehen, vorausgesetzt, daß sie noch gesund sind.

Ein Antrag des Verbandes der Schuhmacher auf Aufhebung von Wanderbeschränkungen über Volkswirtschaft und Sozialismus wurde dahin erledigt, daß die von Erziehungswissenschaften eingerichteten Unterrichtsstände fortgesetzt werden sollen. Dem Ausschuß soll zu seiner Sitzung im Dezember ein schriftlicher Bericht über den Stand dieser Kurse vorgelegt werden. Ferner soll die Betriebsrätezentrale einen Plan für Unterrichtskurse für Betriebsräte aufstellen. Die Kostendeckung soll durch Leistung einer Hörgeldgebühr erfolgen. Ferner ist zu prüfen, inwiefern für bestimmte Vortragsgebiete Verträge mit der Zentrale zu stellen sind, die dauernd in den Kursen Vorträge halten und zu diesem Zweck von einem Kursus zum anderen reisen.

Das Statistikwesen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll ausgebaut werden. Zu dieser Frage berichtete Genosse Herrmann. Der Ausschuß kam zu der Stellungnahme, daß die Statistik über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am besten von Amts wegen geführt werde, und daß die Statistik über die Gewerkschaften vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu führen sei. Voraussetzung ist dabei, daß die amtliche Statistik so geführt wird, daß sie den Tatsachen entspricht. Ferner hat die Statistische Kommission noch Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Berufs- und Gewerbezeitung gemacht.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens. Hält Herr Stadtbaurat Dr. Ing. Wagner einen ungefähr einstündigen Vortrag, worin er erklärt, wie die ersten Schritte zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens gemacht sind. Wagner entrollt ferner ein Bild vom Verband sozialisierter Pionierbauvereine. Es erfolgte eine längere Aussprache, worin besonders auf die Wohnungsnot hingewiesen wurde und ferner auf die Unmöglichkeit, die Lösung dieser Wohnungsnot lediglich durch privaten Baugewerbe zu überlassen. Die wirksame Lösung der Wohnungsnot sei nur auf dem Wege der Sozialisierung möglich. Ferner wandten sich einzelne Redner gegen die geplante Pachtsteuer, bei welcher der Mieter nicht nach seinem Einkommen, sondern nach seinem Wohnungsbedarf belastet wird, was also zur

Folge hat, daß Arbeiterfamilien, die einer größeren Wohnung bedürfen, nur noch mit einer höheren Mietsteuer belastet werden. Wenn die Wohnungsmieter dazu beitragen sollen, Gelder aufzubringen, damit den Wohnungslosen Wohnungen beschafft werden können, so ist es sehr schade, daß diese Gelder durch Einkommenssteuer und Erhöhung der Ausgaben zum Verbrauch zu beschaffen. Es wurde ferner noch hervorgehoben, daß es kein zweites Gebot gibt, wo sich die produktive Erwerbslosenfürsorge in so reich fruchtbringender Weise anwenden ließe, wie gerade beim Wohnungsbau. Beschlossen wurde, daß der Vortrag des Herrn Stadtbaurats Wagner vervielfältigt und den Vorständen zur Verfügung gestellt werden solle. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die der Sache noch näher treten und der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll. In diese Kommission wurden gewählt die Genossen Dersch (Metallarbeiter), Dähmann (Metallarbeiter), Dransel (Töpfer), Klingner (Bauarbeiter) und Schöndt (Steinsetzer).

Arbeitsordnung.
Am 12. November fanden in Berlin zwischen dem Reichsverband der deutschen Steinindustrie und den Berufsverbänden der Steinarbeiter Verhandlungen über eine einheitliche Arbeitsordnung statt, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Der Abdruck dieser Arbeitsordnung erfolgt in nächster Nummer des „Steinarbeiter“; sie tritt 14 Tage nach der Vereinbarung in Kraft.

Es kam sodann zu einer langen und gründlichen Aussprache über die Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften. Der Vorstand des Schuhmacherverbandes hatte beantragt, der Bundesauschuß möge beschließen, „aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten“. Es wurden von beiden Seiten alle möglichen Gründe für den Austritt oder für das Verbleiben angeführt. Einzelne Gewerkschaftsvertreter berichteten über günstige Erfahrungen, wogegen von anderer Seite eingewendet wurde, daß diese Erfolge sich auch ohne Arbeitsgemeinschaften hätten erzielen lassen. Der Antrag des Schuhmacherverbandes wurde mit 24 gegen 7 Stimmen abgelehnt und eine Entschließung des Genossen Tarnow (Holzarbeiter) gegen 5 Stimmen angenommen, die folgenden Wortlaut hat:
„Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampf um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht und der Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der

Mitgliederbewegung im III. Quartal 1920.

Zugang:	Mitglieder
Bestand am Schluß des II. Quartals 1920	50 042
Eingetreten im laufenden Quartal	1 511
Uebergetreten von anderen Verbänden	881
Zugewirbt bzw. vom Militär entlassen	1 160
	<hr/>
	53 594
Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgetreten	1 194
Wegen rückständigen Beiträgen gestrichelt	670
laut § 8, Abs. 5b ausgeschlossen	26
In anderen Organisationen übergetreten	2 043
Absgetrennt aus den Zahlstellen	2 289
Im III. Quartal gestorben	49
	<hr/>
	6 271
Bestand und Zugang	53 594
Abgang	6 271
Mitgliederbestand am Schluß des III. Quart.	47 323
Davon sind weibliche	844

Im III. Quartal haben wir 2719 Mitglieder weniger wie am Schluß des II. Quartals. Ist die der Verlust in organisatorischer Hinsicht auch bedauerlich, so liegt doch die Erklärung dafür in den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, die sehr oft einen Wechsel in der Beschäftigung bedingen und damit auch Uebertritt in eine andere Organisation. Das ist allen Verbandsmitgliedern zur Genüge bekannt und wir können deshalb wohl alle unsere Genugtuung aussprechen, daß die Wirtschaftsmittler der letzten Wochen keine größere Bresche in die Organisationsfront gelegt hat. Den Zweigvereinen, die den Gedanken der Treue zur Organisation fortwährend pflegen, gebührt sicher dafür das Verdienst.

fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere, verfassungsmäßige und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird.

Der Bundesauschuß hält zur Zeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirkswirtschaftsämter durchgeführt werden ist.

Vom Erziehungsausschuß Nürnberg lag ein Antrag vor, wonach der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bei Lohnregelungen eingreifen sollte. Dieser Antrag wurde bei nächster Sitzung zurückgewiesen.

Einstimmig angenommen wurde eine Rundgebung gegen die drohende Befreiung des Ruhrreviers, die folgendermaßen lautet:
„Von Tag zu Tag vermehren sich die Anzeichen, die die Gefahr einer allgemeinen Befreiung unseres rheinisch-westfälischen Industriebezuges durch französische Streitkräfte näherbringen. Truppenaufmärschen, Anlagen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Rundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landesverband grenzende Befreiungen sächsischer Kreise lassen keinen anderen Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrkohlenreviers zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebenssaft abzuschneiden.“

Die Folgen einer solchen Vergewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerschellen, sondern ein 60-Millionen-Volk zugleich dem Hunger und der Verpeinigung überliefert und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das traurige Schicksal nicht von der Rücksichtlosigkeit, den Willkür und den bedauerlichen Befreiung ihrer Ziele absieht, aber der einsichtiger und weiterdenkende Teil der Menschheit und besonders die gesamte Arbeiterschaft aller Länder sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwarnung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalttäter auf das eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne.

Der Bundesauschuß ersucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Prolet anzureihen, und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftscongrès in London, eine Rundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.

Eine vom Zentralverband der Fleischer eingebrachte Entschließung betreffend die Stellung der Gewerkschaften zur Steuerabgabe mußte ebenfalls bis zur Dezemberübung zurückgestellt werden.

Nachdem Genosse Köstler (Bergarbeiter) aus dem Bundesvorstand ausgeschieden ist, machte sich die Anhebung eines neuen Sekretärs notwendig. Beisetzungen wurde, die Wahl in der nächsten Sitzung vorgenommen.

Vom Vorstand des Dachdeckerverbandes lag ein Antrag vor, die in Frankfurt a. M. bei der Universität befindliche Akademie der Arbeit durch Zuweisung von Schülern zu unterstützen. Da diese Angelegenheit den Gewerkschaften auch finanzielle Verpflichtungen auferlegen kann, wurde zunächst beschloßen, eine Kommission zur Untersuchung der Frage einzusetzen. Gewählt wurden die Genossen Dähmann (Metallarbeiter), Eberst (Gastwirtsgehilfen), Straupe (Plater), Pümmel (Gemeinde- und Staatsarbeiter) und Genossin Hanna („Gewerkschaftliche Frauenzeitung“).

An die Sitzung des Bundesauschusses schloß sich eine gemeinsame Sitzung mit den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellungnahme zur Erziehung der Betriebsräte und mit den Angriffen der Nationalisten auf die Gewerkschaften Deutschlands und den Internationalen Gewerkschaftsbund beschäftigten. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß gegen die Bestrebungen dieser Parteien Stellung zu nehmen sei, die sich gegen die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses wenden. Sie unterstützen die Entschiedenheit des Betriebsrätekongresses noch besonders und nahm entsprechende Stellung gegen die sogenannten selbständigen Betriebsrätezentralen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag vom Bundesvorstand zusammengestelltes Material vor, das gutgeheißen wurde und veröffentlicht werden soll. Im übrigen nahm die Konferenz scharfe Stellung gegen die sogenannten kommunikativen Kreise, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaften zu einem Werkzeug der Kommunisten zu machen, oder sie zu zwingen. Das beste Mittel dagegen ist die Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder. Zu diesem Zweck soll in der Gewerkschaftspresse mehr geschehen.

Adolf Herrmann †.

Unser Kollege Adolf Herrmann, Gasleiter im Bezirk Rheinland-Westfalen, ist am 13. November in Köln gestorben. Geboren am 31. Dezember 1870 zu Wiesbaden, wurde er nicht ganz 50 Jahre alt. Für diejenigen, die unseren rührigen Freund näher kennen, kommt die Todesnachricht nicht überraschend, er war schon länger schwer krank; Atembeschwerden haben besonders im letzten Jahre seine Tätigkeit immer wieder eingeschränkt. Auch hier sind es die Berufsfolgen, die uns in letzter Zeit so manche tüchtige Kraft entzogen haben. Trotz seiner Erkrankung gab dem Verstorbenen der Wille für die Organisation zu wirken immer wieder die Kraft, sich zu betätigen. Versammlungsgesprächen und Eisenbahnfahrten, die Führung von Streiks und Lohnbewegungen mit all den üblichen Begleiterscheinungen und den damit verbundenen Mühen haben nunmehr seine Kraft gebrochen, wie einem Kämpfer, dem Schwert und Schild aus der Hand geschlagen wird. Unsere Organisation hat damit einen neuen empfindlichen Verlust erlitten, denn Herrmann war nicht nur einer der am längsten Angestellten, sondern er hatte das Zeug zu einem Agitationsleiter wie selten ein anderer. Sattelfest im großen Aufgabenkomplex, der uns als Arbeiter angeht, kam ihm eine reiche persönliche Erfahrung zugute; er war mitgewadine in der Organisation und im Erleben der allgemeinen Arbeiterbewegung. Solche Kräfte werden immer weniger und sind darum ein schmerzlicher Verlust.

Adolf Herrmann stammt aus einer alten Steinmetzfamilie, die es nicht gern sah, daß er sich in der Arbeiterbewegung betätigte. Seine Vorbildung war zu etwas anderem bestimmt; doch er ging unerbittlich seiner Ueberzeugung nach. Als dann im Jahre 1906 die Anstellungsfrage im Kölner Bau brennen wurde, war diese Frage unter den damaligen Verhältnissen und mit Rücksicht auf die Ideologie der rheinisch-westfälischen Veruskskreise nicht so einfach; der Berufskreis war sicher Adolf Herrmann, der bis dahin in Frankfurt a. M. wirkte. Seine Erfolge im Oberrhein, Tannus, Westerwald und auch im Maintal hatten die Aufmerksamkeit der Veruskskollegen auf ihn gelenkt. Mit seiner Anstellung machte der Verband einen guten Griff, unter seiner Leitung und seinem unermüdbaren Wirken hat die Organisation sich sehr gut entwickelt. Mit den christlichen Vertretern hat er manchen harten Strauß ausgedacht, hat ihnen trotz ihrer oft kleintlichen und persönlichen Kampfesweise, schrittweise, aber sicher das Organisationsfeld mit Erfolg streitig gemacht, nicht in derselben Art und Weise, sondern im offenen ehrlichen Kampf. Unser Kollege hat sich dort durchgesetzt! Sein Wille, sein Können und Wissen nötigte schließlich auch dem Gegner Achtung ab, und brachte in den letzten Jahren mit ihnen von Fall zu Fall ein verständiges Zusammenarbeiten, wo Existenzfragen der rheinisch-westfälischen Kollegen in Frage standen.

In den Versammlungen war Adolf Herrmann gern gesehen, die Kunst mizuteilen, beherrschte er im hohen Maße, er wußte seine Zuhörer immer zu fesseln, und manche Anregung, die sich in unserem Verband bewährt hat, stammt von ihm. Nun ist sein inhaltsvolles Leben vernichtet und wenn diese Zeilen unseren Verbandmitgliedern zur Kenntnis kommen, sind die körperlichen Reste von unserem tüchtigen, rastlosen Freund und Kollegen am 16. November der Erde übergeben! Trauernd und wehmütig haben wir in diesem Jahre bereits von manchem braven Kollegen Abschied nehmen müssen, und im Nachruf lautet es immer: „Er war einer unserer Tüchtigsten!“ So ist es auch mit Adolf Herrmann! Mitleidlos, unermüdblich für die Organisation war auch sein Wirken, dem wollen wir Ueberlebenden nachfeiern, im dauernden Gedenken seiner großen und unvergesslichen Verdienste!

Aus den Zahlstellen.

Schlesheim. Am Sonntag, dem 31. Oktober, fand im Hofsaal zur Versteigerung in Dörsen eine gemeinnützige Versteigerung der Zahlstellen des Kreises und Schreibein, in der Herrmann Kolle, Dr. Zarnert, Anwalt, zugeworfen war. Die Tagesordnung lautete: 1. Preis und Teil der Zahlstellen. 2. Zustand der Zahlstellen im Zusammenhang mit der Versteigerung. Zur Versteigerung wurde der Zahlstellenvertrag von der Zahlstellen-Zentrale abgelesen. Nach einigen Verhandlungen wurden die beiden Teilgruppen überholt. Als erstes wurde über Punkt 1. Reiches Versteigerungsgebiet für keine einständigen Ausführungen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Zahlstellen von dem lehrenden Vortrag auch Gebrauch werden und zu diesem Zweck nicht anwesend sind, und daß dies im Organisationsleben noch fernere ist. Im Grunde der Versteigerung. Zu Punkt 2 wurde hervorgehoben, daß sich unsere Zahlstellen in der Zahlstellen-Zentrale im Zusammenhang mit dem letzten Ende nur auf die Zahlstellen zurückzuführen ist, was auch anerkennen die Zahlstellenorgane und auch die Zahlstellen unsere Versteigerung. In Punkt 3 wurden einige abschließende Ausführungen gemacht, unter anderem wünschenswert die Kosten von Zahlstellen durch Herrn Kolle (Schlesheim), daß eine die Zahlstellen in der Zahlstellen-Zentrale am 1. November 1920 in der Zahlstellen-Zentrale.

Schwerenbach a. S. Am 7. November fand hier eine Versammlung statt, in der Bericht über die Verhandlungen...

Am 31. Oktober hatten die hiesigen Steinmetzen eine Versammlung...

Rundschau.

Zentrale Vorbereitungen für das Baugewerbe. Eine wichtige Aufgabe...

Das neue Lagerhaus. Der Arbeiterverband wird von einem...

Als in Berlin Arbeitslose vor die Wahl stehen, werden sie...

Die städtische Bibliothek. Eine wichtige Aufgabe...

Befanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die städtische Bibliothek. Eine wichtige Aufgabe...

Beitrag für den 1. Band der 'Neuen Zeit'...

Regen Unterföhrung von Verbandsgeldern wurde der...

Der Vorstand der neuen Mitgliederbuch wird zur Zeit im...

Befanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Nach die Verbandsmittglieder im V. Gau Köln!...

Obst. Nachdem Arbeitslose am Ort vorhanden sind, wird...

Die Ortsverwaltung. Ein auf Muschelkalk (Kirchheimer Steinmetz, der auch blau)...

Die Ortsverwaltung. Ein auf Muschelkalk (Kirchheimer Steinmetz, der auch blau)...

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Der kleine Jan. Ein Jahr aus seinem Leben. Von Heinrich Scholz...

Das von August Schaller illustrierte Buch 'Kinder in un-

Die Vereinnahmung der sozialistischen Parteien, das ist heute für...

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle...

Berlin

Donnerstag, den 25. November, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Großer Saal...

Wehrs Steinhausbürsten

Empfehle den Steinarbeitern meine bewährten Arbeitshosen...

Jüngerer Steinmetz

aus feldgrauem, sehr starkem, neuem Segelleinen pro Stück 28,50 Mark.

Tücht. Schrifthauer sofort gesucht.

Ein auf Muschelkalk (Kirchheimer Steinmetz, der auch blau)...

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht...